

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **33 (1958)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

Noch einmal davongekommen

Stadtrat Maurer gab in einer Mitteilung bekannt, daß es – nicht zuletzt dank der Publizität in der Presse – dem Büro für Notwohnungen der Stadt Zürich gelungen ist, bis jetzt für 133 Familien eine Lösung zu finden, teilweise allerdings provisorischer Natur. 16 Familien konnten bei Genossenschaften, 11 bei der städtischen Liegenschaftenverwaltung und 10 bei Privaten untergebracht werden, 56 Familien werden in Notwohnungen einlogiert, 15 Familien bleibt das Obdach durch Aufschiebung des Abbruchtermins noch für einige Zeit erhalten, und in 25 Fällen konnte beim Hauseigentümer auf gutlichem Wege ein Aufschub erwirkt werden. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt bleibt jedoch nach wie vor angespannt.

Immer noch Rückgang im Wohnungsbau

Nach einer eben erschienenen Übersicht des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit sind im ersten Halbjahr 1958 in den durch die Baustatistik erfaßten 462 Gemeinden mit über 2000 Einwohnern insgesamt 8931 Neubauwohnungen erstellt worden. Diese Zahl liegt um 40 Prozent unter der Rekordzahl des Vorjahres. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr betrifft alle Ortsgrößenklassen, ist jedoch in der Großstadtgruppe und insbesondere in den kleinen Landgemeinden weniger stark ausgeprägt als in den Städten mit 10 000 bis 100 000 Einwohnern und in den großen Landgemeinden.

Nach Gebäudearten betrachtet, ist die Zahl der Wohnungen in Einfamilienhäusern weniger stark zurückgegangen als jene in reinen Mehrfamilienhäusern und in Wohn- und Geschäftshäusern. Trotzdem beträgt der Anteil der Wohnungen in reinen Mehrfamilienhäusern am Gesamttotal der neuerstellten Wohnungen noch annähernd sieben Zehntel. Eine Unterscheidung nach dem Ersteller zeigt, daß 9 Prozent der Neuerstellungen auf den genossenschaftlichen Wohnungsbau, 38 Prozent auf andere juristische Personen und 51 Prozent auf Privatpersonen entfallen. Die Finanzierung erfolgte zu neun Zehnteln ohne öffentliche Beihilfe.

Durch Umbauten sind im ersten Halbjahr 156 Wohnungen entstanden (Vorjahr 265) und durch Abbrüche usw. 929 (Vorjahr 934) in Wegfall gekommen. Der Reinzugang beziffert sich auf 8158 Wohnungen und liegt um 43 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Dazu kommt, daß sich 1600 Wohnungen we-

niger im Bau befinden und für 6 Prozent weniger Wohnungen die Baubewilligung erteilt wurde.

Wohnbauten mit AHV-Anleihen in Luzern

Seitens des Regierungsrates ist der Einwohnergemeinde Luzern die Aufnahme von zwei Anleihen zu je 2,5 Millionen Franken beim Ausgleichsfonds der AHV bewilligt worden. Die Gelder dienen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues durch Gewährung verbilligter Hypothekarkredite, zur Umstellung des Trambetriebes auf Trolleybusbetrieb, zur Deckung der Kosten für den Bau des Gewerbeschulhauses, für die Schaffung eines Dienstgebäudes und zum Ausbau der Straßen.

Beteiligung an der Bundesaktion

Mit 10 731 Ja gegen 1437 genehmigten die Stimmberechtigten der Stadt Sankt Gallen den Gemeinderatsbeschluß vom 1. Juli 1958 über die Beteiligung der politischen Gemeinde an der Aktion des Bundes und des Kantons zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues. Die Stadt St. Gallen kann darnach während zwanzig Jahren jährlich 52 500 Franken zur Verbilligung der Mietzinse von rund 150 neuen Wohnungen aufwenden.

Im Kanton Bern unterbreitete der Regierungsrat dem Großen Rat eine Vorlage, die die Beteiligung an der Bundesaktion vorsieht. Der bernische Staat wird den Bau von rund 1650 Wohnungen mit einem Betrag von 7,25 Millionen Franken fördern. Die Gemeinden müssen sich mit 40 bis 60 Prozent beteiligen. Die Vorlage wurde vom Großen Rat angenommen. Sie unterliegt der Volksabstimmung.

Eine initiative Baugenossenschaft

Die Baugenossenschaft Milchbuck in Zürich beabsichtigt die Erstellung von sechs Doppelmehrfamilienhäusern im Gebiet Dübendorf-/Altwiesenstraße/Hirzenbachweg, aufgeteilt in einen viergeschossigen Block längs der Altwiesenstraße und in einen solchen mit sechs Geschossen, der sich senkrecht zur Dübendorfstraße entwickelt. Neben diesem wird ein fast quadratischer, eingeschossiger Ladenstrakt mit einer Seitenlänge von ungefähr 24 m erstellt, dessen Frontseite ebenfalls der Dübendorfstraße zugewendet ist. In beiden Wohnblöcken zusammengerechnet können 49 Dreizimmer- und 14 Vierzim-

merwohnungen untergebracht werden. Die Unterkellerung wird teilweise zur Bereitstellung von zwei Garagen mit Platz für 18 Autos und 20 Motorräder benützt.

Am Höhenring in Seebach will die Baugenossenschaft Milchbuck 53 Wohnungen erstellen. Architekt Rolf Früh paßt die sieben Baublöcke sehr gut dem topographisch differenzierten Gelände an und sorgt überall für Durchblicke. Vor und zwischen zwei Blöcken wird eine unterirdische Garage für 34 Wagen geschaffen, zu der direkt von der Felsenrainstraße her zugefahren werden kann.

Der Bund Schweizer Architekten als Jubilar

Der BSA feierte am 12. September 1958 sein 50jähriges Bestehen. Bei dieser Gelegenheit wurde am Utoquai eine Freiluftausstellung «50 Jahre Architektur» eröffnet. Anhand von Beispielen aus dem In- und Ausland wird die Entwicklung der Architektur in den letzten fünf Jahrzehnten gezeigt. Es ist ein sehr verdankenswertes Unterfangen, der Bevölkerung leicht zugänglich vor Augen zu führen, mit welchen gestalterischen Problemen die Architekten sich auseinandersetzen. Die Ausstellung findet denn auch große Beachtung.

150 Jahre Gebäudeversicherung im Kanton Zürich

Mit der Gründung der staatlichen Brandassekuranz im Jahre 1808 erhielten die Eigentümer einen Rechtsanspruch auf Entschädigung für Brandschäden an ihren Häusern. Seither hat sich die Gebäudeversicherungsanstalt stark entwickelt und die Aufgaben der Feuerpolizei, der Blitzschutzaufsicht und der Brandverhütungspropaganda sind ihr übertragen worden. Sie leistet auch Beiträge an die Wasserversorgung und die Feuerwehr, so daß ihre Aufwendungen für Verhütung der Schäden größer sind als diejenigen für die durch Brand oder Naturereignisse entstandenen Schäden.

Bei der Gebäudeversicherungsanstalt handelt es sich um ein staatliches Unternehmen, das in aller Stille zum Wohle der Hauseigentümer wirkt.

Neue Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues in Belgien

Die belgische Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um den sozialen Wohnungsbau

zu fördern. Sie erleichtert die Bedingungen für die Gewährung von staatlichen Subventionen à fonds perdu an Leute, die sich ein kleines Haus anschaffen wollen. Geplant ist der Bau von 100 000 neuen Häusern, wobei zwei Ziele verfolgt werden: die wirtschaftliche Tätigkeit soll belebt werden, denn die Bautätigkeit ist im Mai dieses Jahres im Vergleich zu 1957 um 31 Prozent im öffentlichen und 21,5 Prozent im privaten Sektor zurückgegangen; und die Subventionen sollen auf neue Kategorien von Interessenten, auf Landwirte und Handwerker, ausgedehnt werden.

Förderung des Wohnungsbaues in Portugal

Die portugiesischen Fürsorgeorganisationen sind vom Korporationenministerium ermächtigt worden, für den Bau von Häusern Darlehen von 40 000 bis 168 000 Escudos zu gewähren; die Höhe des Darlehens richtet sich nach dem Einkommen des Nutznießers. Die Rückzahlung hat innert 25 Jahren zu erfolgen, und die Zinssätze betragen 2 und 4 Prozent. Die auf diese Weise erstellten Häuser gelangen in den Genuß der Steuerbefreiung auf die Dauer von 15 Jahren und weiterer Erleichterungen. Im Falle des Hinterschieds oder der Invalidität des Nutznießers gilt die Schuld als gelöscht.

Wohnbauprobleme in Westdeutschland

In Westdeutschland (ohne Saarland) wurden im Jahre 1957 insgesamt 528 900 Wohnungen fertiggestellt und dazu 20 900 Wohnungen in Westberlin. Das bedeutet, daß gegenüber dem Jahre 1956 der Wohnungsbau in Westdeutschland um 30 000 Wohnungen oder 5,4 Prozent zurückgegangen ist. Vom Rückgang sind nur die Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern betroffen. Andererseits ist die Wohnfläche pro fertiggestellte Wohnung im Durchschnitt von 61,7 m² im Jahre 1956 auf 63,6 m² im Jahre 1957 gestiegen. Von den 518 400 Normalwohnungen entfallen 273 200 oder rund 53 Prozent auf den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau und mehr als die Hälfte der Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues entfiel auf private Bauherren. 47 Prozent der Wohnungen wurden in Einfamilienhäusern erstellt.

Trotz den gewaltigen Leistungen Westdeutschlands im sozialen Wohnungsbau wächst die Wohnungsnot in den Städten. Die Stadt München rechnete aus, daß es beim jetzigen Tempo noch 32 Jahre dauern wird, bis die letzten Wohnungen, die von der Gesundheits- oder der Feuerpolizei abgeschätzt sind, geräumt werden können.

Die Stimmen mehren sich und werden

immer lauter, die verlangen, daß das Schwergewicht im sozialen Wohnungsbau mehr auf die Erstellung von Mehrfamilienhäusern statt Einfamilienhäusern verlegt wird, weil mit den gleichen finanziellen Mitteln in Mehrfamilienhäusern mehr Wohnungen erstellt werden könnten und weniger Bauland verloren gehen würde. Dazu kommt, daß sich die bedürftigsten Schichten der Bevölkerung nie ein Einfamilienhaus werden leisten können und die Subventionspolitik die besser gestellten Schichten bevorzugt.

Wie groß ist der schweizerische Wohnungsbau im Verhältnis zu andern Ländern?

In der Schweiz wurden 1957 auf 1000 Einwohner 7,6 Wohnungen erstellt. Die entsprechende Ziffer ist für Belgien 4,7, die Tschechoslowakei 4,8, Dänemark 5,9, Ostdeutschland 3,5, Finnland 7,4, Frankreich 6,2, Ungarn 5,2, Italien 5,6, die Niederlande 8,1, Norwegen 7,5, Polen 4,3, Portugal 3,4, Schweden 8,8, die Sowjetunion 10,2, England (Vereinigtes Königreich) 6,0, Westdeutschland 10,3, Jugoslawien 2,5.

Es liegen nur die Ziffern für 1956 vor: Österreich 6,0, Griechenland 6,9, Rumänien 4,4.

Schätzungsweise sind die Ziffern für Irland 3,2 und für Spanien 3,3.

(Statistik der Vereinten Nationen)



Roth & Co. Zentralschweizerische Lack- und Farbenfabrik, Luzern

Bautenanstrichstoffe von höchster Qualität!

Depots in Basel, Bern, Genf, Lausanne, Lugano, Neuchâtel, St. Gallen, Zürich

TBA-BETONTANKANLAGEN

TANKBAU AG ZÜRICH

Minervastraße 126 Telephon (051) 34 46 42 / 43

aus Stahlbeton
in jeder Größe
Kellereinbautanks
Kein Unterhalt -
Keine Korrosion

Lienhard Söhne AG

SCHREINEREI UND MÖBELFABRIK

ZÜRICH 2 Albisstraße 131 Tel. 451290

Bauschreiner-Arbeiten Innenausbau Möbel

CARL DIENER Söhne

BAUUNTERNEHMUNG

HOCHBAU - TIEFBAU
RENOVATIONEN ALLER ART

ZÜRICH TELEFON 34 55 34